

Kampf dem Anschlusszwang

Präzedenzfall im Fall Plenzke erwartet / Politikerinnen der Linkspartei zu Besuch bei Uwe Hofrichter

Der Kampf David gegen Goliath tobt schon, seitdem sich Anfang der 90er Jahre die Wasserverbände im Osten Deutschlands formierten. Auf der einen Seite Grundstücksbesitzer, die den Anschlusszwang ans Abwassernetz ablehnten, auf der anderen Verbände, die sich auf das in ihren Satzungen festgeklopfte Solidarprinzip berufen. Mit der Auseinandersetzung von Barbara Plenzke aus Rauern mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Fürstenwalde könnte nun ein neues Kapitel aufgeschlagen werden, vielleicht sogar das letzte: Plenzkes Anwalt hat beim Verfassungsgericht einen Eilantrag gestellt, mit dem ein per Gerichtsbeschluss erzwingender Anschluss verhindert werden soll. Das Ergebnis könnte ein Präzedenzfall sein, auf dem sich



Sauber! Renate Adolph mit Parteigenossin Dagmar Enkelmann und dem Eggersdorfer Uwe Hofrichter bei der Geruchsprobe.

Foto: D. Fink

künftig alle Anschlussverweigerer berufen könnten.

In Märkisch-Oderland gehört Uwe Hofrichter zu den

Vorreitern nachhaltigen Strausberg-Erkner. Am Mittwoch ließen sich die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann und die Landtagsab-

geordnete Renate Adolph über sein abwasserfreies Grundstück führen, das mit einer hochmodernen Kleinkläranlage ausgestattet ist. Einen Fall Plenzke brauchten die beiden Politikerinnen der Linkspartei nicht als Anlass für einen Vor-Ort-Termin. Für ein Umdenken in der Sache setzen sich die Linken schon seit geraumer Zeit ein. Erst am 9. April lehnte die Landtagsfraktion ein verabschiedetes Wassergesetz ab, da es weder auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sei noch die veränderten klimatischen und demografischen Entwicklungen berücksichtige. Sie hatten auch vorgeschlagen, Kleinkläranlagen für mindestens 15 Jahre zu genehmigen. Uwe Hofrichter waren die beiden Damen auf seinem 1.300 Quadratmeter großen Grundstück hoch willkommen.

weiter auf S. 3

Fortsetzung von S. 1

Der Eggersdorfer ist davon überzeugt, dass Anfang der 90er eine EU-Richtlinie schlichtweg falsch umgesetzt worden war. Entscheidungen zugunsten der Grundstücksbesitzer mit Kleinkläranlagen gäbe seiner Ansicht nach das Gesetz her. So ist auch zu erklären, weshalb bislang gegensätzliche Urteile von Richtern vorliegen.

Bundespolitikerin Dagmar Enkelmann ärgert sich „enorm darüber, wie im Land mit Wasser umgegangen wird“. Wie auch Renate Adolph verweist sie auf die immer wieder vorgebrachte Forderung der Linken, die bestehenden Abwassersysteme rückzubauen und zu verkleinern.

Ein seit Jahren erklärter Gegner des Anschlusszwangs ist auch Eberhard Paul, der sein Abwasser mit einer Schilfkülaranlage reinigt. „Die Anlage hat nicht mehr gekostet als die Anschlussgebühren für den Wasserverband“ so der Petershagener. Seine Betriebskosten würden sich auf 32 Cent pro Tag belaufen, für eine zentrale Entsorgung müsste er etwa das Fünffache

berappen. „Der Waldboden unter meinen Nadelbäumen ist tief schwarz“, sagt Eberhard Paul.

Bei der Erschließung der Grenzstraße in Eggersdorf hat der Wasserverband bis an den Zaun zu Uwe Hofrichters Grundstück seine Rohre verlegt. Immerhin: In einem Klagefall unterlag der Verband, so dass Hofrichter derzeit keine Abwassergebühren zahlen muss. Das Ende der Auseinandersetzung scheint dies jedoch noch nicht zu sein.

Aber das von den Linken geforderte Umdenken in der Wasser- und Abwasserpoltik könnte ja doch noch auch bei anderen Parteien einsetzen. Damit muss ja nicht gewartet werden, bis der Klimawandel soweit vorangeschritten ist, bis das Problem zum Wahlkampfthema taugt. Dagmar Enkelmann: „Wir kommen allmählich dahin, dass Abwassersysteme saniert werden müssen.“ Das sei eine gute Gelegenheit, mit dem Umbau zu beginnen. – Vorher fällt das Verwaltungsgerichts ein Urteil im Fall Barbara Plenzke. fi